



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Scholz, Oskar: Wirkungen des Krieges auf Ostasien. V. Schantung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wirklungen des Krieges auf Ostasien *)

Von Oskar Scholz, Konsul z. D.

V. Schantung



rüßen Sie das deutsche Volk und sagen Sie ihm, daß nicht nur ich persönlich, sondern das chinesische Volk Deutschland einen baldigen Sieg wünscht. Aus allen Teilen des Landes höre ich diesen Wunsch und besonders aus Schantung, wo die Bevölkerung jetzt leidet unter den neuen Herren.“

Dies waren die Worte, die mir Feng Kuo chang, der damalige Vizepräsident der chinesischen Republik, Ende 1916 mit auf den Weg gab. Ein halbes Jahr später hat derselbe Mann als Präsident des Chinesischen Reiches dem Deutschen Reiche den Krieg erklärt, und wahrscheinlich hatte er schon bei den Verhandlungen in der chinesischen Regierung, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Frühjahr 1917 führten, den entscheidenden Ausschlag gegeben. Nichts liegt mir ferner, als ihm oder seinen Landsleuten, die ihm dabei zur Seite standen, den Vorwurf der Treulosigkeit oder auch nur der Deutschfeindlichkeit zu machen. Feng Kuo chang war ein aufrichtiger Bewunderer Deutschlands und fand gerade bei uns viel Wertvolles, das er gern auch auf sein eigenes Volk und Land übertragen hätte; er war durch eine militärische Schulung nach deutschem Vorbild gegangen; er hörte gern deutschen Rat und deutsche Anregungen; er war einer der ersten Vorkämpfer für eine bundesstaatliche Verfassung Chinas nach deutschem Muster, wie sie jetzt von anderen Chinesen auf anderen Wegen wieder angestrebt wird. Aber so sehr er das deutsche Volk auch schätzte und bewunderte, das Schicksal des chinesischen Volkes stand ihm selbstverständlich höher, und wenn er im Vertrauen auf die als Gegenleistung für Chinas Kriegsbeitritt gegebenen Versprechungen der Bundesgenossen sich zu diesem Schritt entschloß, so handelte er nicht viel anders als unsere eigenen Landsleute, die im Laufe des Krieges zu dem Glauben gebracht werden konnten, wir brauchten nur unseren Verzicht auf Kriegserwerbungen und =entschädigungen auszusprechen, unser Staatsoberhaupt zu vertreiben, unsere Regierungsform zu demokratisieren und die Waffen niederzulegen, um sofort den in 14 feierlichen Punkten vorgegaukelten Frieden höchster Gerechtigkeit zu gewinnen. Auch Feng Kuo chang hat sich getäuscht, und das chinesische Volk seufzt heute unter den Folgen jenes großen Irrtums, besonders das Volk von Schantung.

Schantung liegt von allen Teilen Chinas uns Deutschen deshalb besonders nahe, weil es die Provinz ist, in der die von der chinesischen Regierung an die deutsche Regierung im Jahre 1899 auf 99 Jahre verpachtete Kiautschou-Bucht lag, deren natürlichen Hafen die Deutschen zu dem in der Folgezeit so berühmt gewordenen Hafen von Tsingtau entwickelt hatten, von dem aus sie die Schantung-Eisenbahn ins Innere bis zur Provinzhauptstadt Tsinanfu gebaut und von wo aus sie die längs dieser Eisenbahn liegenden Kohlenfelder erschlossen hatten. Der Hafen sowohl wie das Städtchen galten bei Freund und Feind als mustergültige Anlagen, das Seebad zog Gäste aus allen Gegenden Ostasiens an,

*) Vergl. Grenzboten Hefte 17/18, 22/23, 24, 25/26, 27/28.

und zahlreiche hervorragende Chinesen, die sich aus dem politischen Leben zurückzogen, wählten das durch gesundheitliche und geordnete Verwaltung ausgezeichnete Tjingtau zum Wohnsitz. Welcher Wertschätzung sich das deutsche Pachtgebiet durchweg in China erfreute, war am deutlichsten daran zu erkennen, daß, als Japan im August 1914 an Deutschland die Aufforderung zur Räumung des Pachtgebietes richtete und, da diese Aufforderung nicht befolgt wurde, zur kriegerischen Eroberung des Platzes schritt, die allgemeine Sympathie des chinesischen Volkes auf deutscher Seite stand, und als die Japaner gar, ohne Rücksicht auf chinesische Hoheitsrechte, außerhalb des deutschen Pachtgebietes in der Provinz Schantung landeten und militärisch vorgingen, bedeutende Heerführer von der Pekinger Regierung bewaffnetes Eingreifen forderten.

Japan hat nach der kriegerischen Eroberung des deutschen Pachtgebietes sich bemüht, seine Eroberungen auf völkerrechtliche Grundlage zu stellen. Es ist ihm gelungen, im Mai 1915 mit der chinesischen Regierung einen Vertrag abzuschließen, durch den China die künftigen deutsch-japanischen Friedensabmachungen über Deutschlands Rechte in Schantung im voraus anerkannte, für den Bau einer Bahnverbindung zwischen der Schantung-Bahn und einem der Häfen Tschifu oder Lungkou, falls Deutschland auf die ihm hierfür erteilte Konzession verzichte, japanisches Kapital in Anspruch zu nehmen versprach, und sich verpflichtete, für Ausländer geeignete Plätze Schantungs dem Außenhandel zu öffnen. Gleichzeitig verpflichtete sich Japan in einer besonderen Note, falls ihm bei Kriegsende das Verfügungsrecht über das Pachtgebiet von Kiautschou zugestanden werde, es als einen geöffneten Handelshafen an China zurückzugeben, mit einer von Japan zu bezeichnenden japanischen Niederlassung und, falls die anderen Mächte dies wünschten, auch einer internationalen Niederlassung. Im September 1918 wurden diese Abmachungen ergänzt durch einen Notenaustausch, in welchem Japan sich verpflichtete, seine Truppen aus Schantung, mit Ausnahme der Hauptstadt Tsinanfu, zurückzuziehen und sich auf das Pachtgebiet von Kiautschou zu beschränken, vorausgesetzt, daß die Schantung-Bahn — die ein gemeinsames chinesisch-japanisches Unternehmen werden solle — von einer chinesischen, von Japanern dauernd auszubildenden Polizeiwache geschützt werde.

Inzwischen hatte Japan, bevor es seine Einwilligung zu Chinas Eintritt in den Krieg gab, im Jahre 1917 sich von England, Frankreich, Italien und Rußland versprechen lassen, daß diese Mächte Japans Ansprüche in Schantung anerkennen würden.

Im Versailler Friedensvertrag wurde Schantung schon nicht mehr als chinesisches Gebiet behandelt. Abschnitt II des 4. Teiles handelt von China, aber Schantung ist in einem besonderen Abschnitt VIII behandelt. Laut dessen Art. 156 ff. mußte Deutschland zugunsten Japans auf alle seine von China erworbenen Rechte, Ansprüche und Vorrechte in Schantung, auch auf seine Rechte an der Schantung-Bahn und ihr Zubehör einschließlich der Bergwerke, sowie auf die Kabel von Tjingtau verzichten und alle beweglichen und unbeweglichen Rechte des Deutschen Reiches im Kiautschougebiet, sowie seine Ansprüche aus dortigen Aufwendungen sind japanisches Eigentum geworden.

Es ist während und nach den Pariser Verhandlungen bekannt geworden, welche Schwierigkeiten gerade die Schantungfrage dort gemacht hat, wie die

Amerikaner zunächst für die Wiederherstellung der vollen chinesischen Hoheitsrechte in ganz Schantung und für die Zurückgabe Kiautschou an China eingetreten sind, bis sie von den Verpflichtungen erfuhren, durch die sich die Alliierten schon im Jahre 1917 Japan gegenüber gebunden hatten, bis die Japaner mehr oder weniger ernstlich mit dem Verlassen der Friedenskonferenz drohten und bis schließlich jene Verständigung zustande kam, daß Japan gegen den Verzicht auf Anerkennung voller Rassegleichheit im Völkerbund die Anerkennung seiner Ansprüche in Schantung erhielt. Um seinen Völkerbund zu retten, gab Wilson Schantung preis, nach heftigen Zusammenstößen mit den Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die ihm soweit nicht folgen mochten. Welchen Eindruck diese Behandlung Chinas und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in den Vereinigten Staaten von Amerika gemacht hat, zeigt die Kritik der amerikanischen Presse und des Parlaments, und einer derjenigen Senatoren, die an dem Friedensvertrage gerade die Verfügung über Schantung am schärfsten verurteilten, war Harding, der jetzige Präsident. Die Verfügung über Schantung ist denn auch einer der Hauptpunkte gewesen, an denen die Ratifikation des Versailler Friedensvertrages durch die Vereinigten Staaten von Amerika gescheitert ist.

Noch stärker als in den Vereinigten Staaten von Amerika war die Wirkung dieser Friedensbestimmung natürlich in China, wo sie nicht nur gegen Japan, sondern auch gegen Amerika, auf das sich China während der Pariser Friedensverhandlungen bis zum letzten Augenblick verlassen hatte, einen Entrüstungsturm hervorrief. Gegen Amerika beruhigte er sich bald, da die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sowohl, wie auch besonders unter den in China lebenden Amerikanern sich sofort sehr nachdrücklich auf Chinas Seite gegen Japan stellte. Gegen Japan äußerte sich die Entrüstung aber sehr lange und heftig in amtlichen und nichtamtlichen Protesten und besonders in einem allgemeinen Boykott japanischer Waren. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde von China wegen dieser Verfügung über Schantung verweigert.

Japan hat seitdem versucht, durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen diese Schwierigkeiten zu überwinden, doch hat China solche Verhandlungen bisher abgelehnt. Schon im August 1914, und seitdem wiederholt bis nach Friedensschluß, hat Japan durch autoritative Stellen, insbesondere auch durch seine Vertreter bei den Pariser Friedensverhandlungen erklären lassen, daß es nicht beabsichtige, Kiautschou dauernd zu behalten, und nicht beabsichtige, Chinas Souveränitätsrechte in Schantung zu beeinträchtigen, daß es vielmehr wünsche, ganz Schantung sobald wie möglich an China zurückzuerstatten, aber nach Vollzug des Friedensvertrages erklärte der amerikanische Ministerpräsident Hara, Japan könne dieses Versprechen nicht halten, wenn China die ihm vorgeschlagenen Verhandlungen ablehne. Japan will bei diesen Verhandlungen natürlich ausgehen von seinen mit China 1915 und 1918 geschlossenen Verträgen sowie vom Versailler Friedensvertrag; China jedoch verweigert diesen Verträgen die Anerkennung, jenen beiden, weil sie durch Bedrohung mit militärischer Gewalt erzwungen seien, dem Friedensvertrage, weil es ihn nicht unterzeichnet hat. Die chinesische Regierung steht auf dem Standpunkt: Keine direkten Verhandlungen mit Japan; keine Anerkennung japanischer Nachfolge in Deutschlands Rechte; keine Anerkennung der Verträge mit Japan über Schantung von

1915 und 1918. Nur hinsichtlich der Bewachung der Schantung-Bahn ist bisher soweit eine Verständigung gelungen, daß Japan sich bereit erklärt hat, seine Truppen zurückzuziehen, sobald China eine den früheren chinesischen Zusicherungen (von 1918) und den von Japan in Paris mit den anderen Mächten getroffenen Vereinbarungen entsprechende Bahnpolizei organisiert habe. Eine weitergehende Verständigung war bisher bei den zwischen den beiden Regierungen bestehenden schroffen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten nicht möglich. Bei dem allgemeinen Bestreben der gegenwärtigen japanischen Regierung, im Gegensatz zu der früheren, die China gegenüber mit rücksichtsloser Gewalt auftreten zu müssen glaubte und ihm auch jene Verträge von 1915 und 1918 abnötigte, durch Entgegenkommen, durch Aufklärung über die gemeinsamen japanisch-chinesischen Interessen zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, wachsen aber die Aussichten, daß die beiden Regierungen sich auch über die Schantungfrage verständigen werden. In einem früheren Artikel*) wurde schon darauf hingewiesen, welche Rolle die Schantungfrage im Zusammenhang mit dieser Verständigung auch in dem erstrebten japanisch-amerikanischen Ausgleich zu spielen bestimmt ist. Inzwischen sucht Japan, bevor es sich aus seiner gegenwärtigen Stellung in Schantung zurückzieht, diese zu benutzen, um auch nach diesem Rückzug unverlierbare Gewinne sich zu sichern.

Nach allen Berichten aus dem japanischen Tjingtau hat die japanische Verwaltung sich mit besonderem Eifer um den weiteren Ausbau der Stadt und des Hafens bemüht. Der viel bewunderte deutsche Straßenbau ist fortgesetzt worden, die Länder des gesamten Wegenezes in und außerhalb des Pachtgebiets verdoppelt worden. Dem Zustrom japanischer Bevölkerung genügten die für europäische Begriffe sehenswerten und der damaligen Bevölkerung entsprechenden Häuser nicht mehr; das behaute Gelände soll heute dreimal so groß sein wie zur deutschen Zeit. Statt 60 000 Einwohner unter deutscher Herrschaft zählt die Stadt heute über 100 000, von denen etwa ein Fünftel Japaner sind, doch bewohnt dieses Fünftel mehr als zwei Drittel des behauten Geländes, während die chinesische Bevölkerung, die heute nur noch etwa ein Drittel der Gesamtzahl ausmacht und eher ab- als zunimmt, noch nicht halb so viel wie die japanische besitzt. Die Zahl der in Tjingtau lebenden Ausländer wird mit rund 300 angegeben, von denen die größte Zahl die Russen stellen. Besonders viel für Straßenbau scheint in dem Gebiet zwischen Taitungtschen über den Moltkeplatz bis zum Großen Hafen getan zu sein; dieses Gebiet, nach den Plänen sogar bis zu Syfang hinüber, ist als Industrieviertel gedacht; das Gelände am Wasser wird aufgeschüttet; hier und durch Verlängerung der bestehenden Molen sollen neue Kais geschaffen werden; die dort befindlichen Tanks der amerikanischen und der englischen Petroleumgesellschaft müssen schon mit ihrer Verlegung rechnen; nach amerikanischer Darstellung geht die Entwicklung dort mit der Schnelligkeit amerikanischen Städtewachstums weiter.

Auf die Trennung zwischen einer japanischen und einer internationalen Niederlassung ist Japan, nachdem englischerseits gegen die augenscheinlich geplante bevorzugte Lage der japanischen Niederlassung amtliche Vorstellungen er-

*) Grenzboten Heft 22, 23.

hoben waren, nicht mehr zurückgekommen, es scheint, als plane man jetzt nur eine internationale Niederlassung mit formell chinesischer, tatsächlich japanischer Verwaltung, die dem chinesischen Volke als ein Vorbild gegenüber der Schanghaier internationalen Niederlassung gelten kann und Schanghai mit seiner für die Japaner sehr drückenden angelsächsischen Vorherrschaft den Angriffen des selbstbewußten Chinesen aussetzt.

Auch im weiteren Pachtgebiet ist die japanische Verwaltung bemüht, die Bildung und Entfaltung größerer Industrien zu fördern, besonders durch eine zweckmäßige Zoll- und Bahnfrachtpolitik, sowie durch Gewährung günstiger Bedingungen und billiger Kaufpreise für Grundstücke zu gewerblichen Zwecken. Die Japaner haben dabei wohl nicht immer die ihnen durch den Friedensvertrag und durch die deutschen Gerechtsame, aus denen sie ihre Rechte herleiten, gesteckte Grenze beachtet und manche Verstimmung in der chinesischen Bevölkerung erzeugt. Es ist den Chinesen sehr unangenehm aufgefallen, wie die Japaner in Schantung weniger Rücksicht auf die chinesische Staatshoheit nahmen als ihre Vorgänger, die Deutschen und daß sie sich an Orten und auf Gebieten betätigten, die von den Deutschen als außerhalb ihrer Vertragsrechte liegend gemieden wurden. So z. B., wenn die Japaner die Salzlager der Provinz längs der von japanischen Truppen bewachten Schantung-Bahn ausbeuten und, indem sie sich der staatlichen Abgabe entziehen, das Salz zu einem allen chinesischen Wettbewerb unterbietenden Preise verkaufen können, wodurch zugleich eine der wichtigsten Einnahmequellen der chinesischen Regierung um Millionen beeinträchtigt wird. Oder wenn die japanischen Einfuhrkaufleute von ihren Behörden auf Gebieten wie der Baumwollgarneinfuhr, in der sich ein blühendes Geschäft entwickelt hatte, zum Nachteil der Chinesen bevorzugt werden. Aus solchen Vorfällen erklärt es sich, daß der allgemeine chinesische Boykott gegen japanische Waren nirgends so scharfe Formen angenommen und nirgends so viel Erfolg gezeigt hat wie in Schantung.

Auch Konflikte mit Ausländern blieben nicht aus. Auch hier wieder wurden die Klagen laut, die überall in Ostasien, wo Japans Einfluß herrscht, gehört werden, und die wohl schon in natürlichen Rasseunterschieden wurzeln, daß die japanischen Behörden Nichtjapaner ungünstiger behandeln als Japaner, Klagen, die besonders von den englischen Reedereien gegen die japanische Hafenerwaltung über die Verteilung der Dampferanlegestellen erhoben wurden. Von besonderer Schärfe waren manchmal die Reibungen mit Amerikanern, wie ja auch sonstwo in Ostasien, wo Japaner mit Amerikanern zusammenstoßen, namentlich mit dem stärksten Träger der amerikanischen Außenpolitik, die ja viel ausgesprochener und uneingeschränkter als die anderer Mächte Wirtschaftspolitik ist — mit der Standard Oil Co. — Es ist am Ende nur Wirkung derselben Macht, wenn die amerikanischen christlichen Missionen auch in Tjingtau als japanfeindlich erscheinen und behandelt werden, so daß in Tjingtau eine von amerikanischen Missionaren geleitete Chinesenschule wegen Verdachts japanfeindlicher Betätigung von den japanischen Behörden zeitweilig geschlossen wurde.

Aber nicht nur ausländische, sondern auch chinesische Schulen klagen über die japanische Verwaltung. Nachdem Japans Politik rücksichtsloser Forderungen mit militärischer Bedrohung zur Politik moralischer Eroberung des chinesischen Volkes

übergegangen war, hat man besonders auch in Tsingtau durch Kulturleistungen die chinesische Bevölkerung zu gewinnen gesucht und hat sich hier, wo das von China wie vom Auslande stets als mustergültig anerkannte deutsche Vorbild den Japanern ihre Aufgabe nicht leicht machte, mit besonderem Eifer daran gesetzt. Die deutschen Schulen für Chinesen wurden beibehalten, aber nach japanischer Methode umgestaltet, Mädchenschulen wurden hinzugefügt. Eine natürliche Erleichterung, die kein ernstes europäisches oder amerikanisches Schulunternehmen in China mitmachen kann, liegt für die Kulturpropaganda der Japaner darin, daß sie chinesische Schüler in ihre eigenen japanischen Schulen aufnehmen. Aber es scheint, daß chinesischerseits von diesem japanischen Entgegenkommen noch wenig Gebrauch gemacht wird, während vielmehr darüber geklagt wird, daß chinesische Schulen von den japanischen Behörden geschlossen oder unter japanische Kontrolle gestellt worden sind.

Natürlich wurden auch die deutschen Krankenhäuser von den Japanern übernommen und zum Segen nicht nur der japanischen, sondern auch der chinesischen Bevölkerung fortgeführt, und sie bilden zusammen mit dem während des Krieges in Tsinanfu errichteten japanischen Hospital wichtige Säulen der japanischen Kulturarbeit in Schantung.

Am Beispiel der Schulen sieht man, wie vorsichtig man in der Beurteilung japanischer Leistungen in Tsingtau sein muß. Die Japaner rühmen sich, daß sie mehr als die Deutschen auf kulturellem Gebiet leisten, daß sie mehr Schulen unterhalten, insbesondere auch chinesische Mädchenschulen, vor denen es zur Zeit der deutschen Herrschaft nur zwei von Missionaren unterhaltene gab; die Chinesen dagegen beklagen sich darüber, daß auch auf diesem Gebiete die Japaner sie verzwangt hätten, indem sie sie nötigen, ihnen ihre Schulen zu unterstellen.

Nächst dem Hafen von Tsingtau war der wertvollste deutsche Besitz in Schantung die Eisenbahn, die Tsingtau mit der Hauptstadt der Provinz und von da aus mit dem Norden und Süden Chinas verbindet, nebst den in ihrer Zone liegenden Bergwerksgerechtigkeiten; nur mit dem Unterschied, daß der Hafen mit allen seinen öffentlichen Anlagen Eigentum des Deutschen Reiches war, während die Schantung-Bahn und ihre Bergwerksgerechtigkeiten einer deutschen Privatgesellschaft gehörten. Auch dieser deutsche Besitz mußte im Versailler Friedensvertrage an Japan abgetreten werden. Die japanischen Bemühungen, schon während des Krieges den Nachweis zu erbringen, daß die Bahn nicht Privateigentum, sondern Eigentum des Deutschen Reiches gewesen sei, also nach Völkerrecht feindlicher Beschlagnahme unterliege, waren unnötig geworden, nachdem der Vertrag von Versailles in völliger Mißachtung jenes alten völkerrechtlichen Grundsatzes das deutsche Privateigentum in Feindesland als dem Sieger verfallen erklärt hatte. Ja, für die Verhandlungen mit China über Rückerstattung Schantungs mag es der japanischen Regierung vorteilhafter erscheinen, diesen wertvollen Betrieb als ehemaliges deutsches Privateigentum und nicht als Staatsbetrieb behandeln zu können.

Jedenfalls ist die Schantung-Eisenbahn und ihr Zubehör heute japanisches Eigentum. Daß die Aktien der Schantungsgesellschaft in Deutschland heute noch wie früher börsengängig sind, erweckt leicht eine falsche Vorstellung. Aktien repräsentieren das Eigentumsrecht am Vermögen der in ihnen genannten juristischen Person. Durch den Friedensvertrag ist das Vermögen der Schantung-

gesellschaft an Japan übergegangen, das durch die Anteilscheine dokumentierte ehemalige deutsche Eigentumsrecht ist kraft des Friedensvertrages untergegangen. Der Wert, den diese Scheine heute noch darstellen und auf dem ihre Börsenkurse beruhen, liegt lediglich in der Erwartung der Entschädigung, die das Deutsche Reich als Ersatz für das verschwundene Eigentum zahlen soll.

Am den kurz vor Kriegsausbruch Deutschland von der chinesischen Regierung übertragenen Bau der schon längst geplanten Bahnen Hsüchoufu—Kaumi und Tsinanfu—Schuntefu (an der Peking—Hankau-Bahn) wäre Japan gewiß schon herangegangen, wenn seine eigene Kraft dazu ausreichte und ihm nicht der chinesische Widerstand in Verbindung mit dem jetzt durch das internationale Finanzkonsortium durchgeführten Internationalisierungsplänen der interessierten anderen Mächte entgegenstände. Internationalisierung ist das Mittel, mit dem die konkurrierenden Mächte auch anderen japanischen Sonderansprüchen in China zu begegnen hoffen.

Die japanische Verwaltung hat viel für die Wiederinstandsetzung und den Ausbau der Schantung-Bahn und ihrer Werkstätten getan und mußte dafür hauptsächlich deswegen beträchtliche Summen aufwenden, weil deutsche Ergänzungen nicht in Frage kamen und sie, wie schon bei der südmandschurischen Bahn, amerikanischen Vorbildern folgte, was natürlich eine mit großen Kosten verbundene Umstellung des Bahnbetriebes zur Folge hatte.

Der für Japan am deutlichsten hervorspringende, unmittelbar nutzbare Wert Schantung liegt in seinen mineralischen Bodenschätzen. Ihre Verwertung ist den Japanern trotz der deutschen Vorarbeiten nicht leicht geworden. Das lag schon an den durch den Krieg geschaffenen ungewöhnlichen Verhältnissen. Die schon von den Deutschen aufgegebenen Fangtse-Gruben sind ersoffen. Die Japaner haben es mit neuen Bohrungen versucht, haben zwar Erfolg gehabt, doch nur in einem Maße, daß die von ihnen eröffneten Schächte noch nicht die Hälfte der früheren deutschen Leistungen fördern.

Mit mehr Eifer und Erfolg haben die Japaner die für ihre Flotte und Industrie wichtigen Anthrazit- und Kokskohlengruben im Poshanbezirk, besonders den von der deutschen Schantunggesellschaft nach dem Berge Hungchan, von den Japanern jetzt nach der Ortschaft Tschuan bezeichneten Feldern, die infolge Stillstandes der Pumpen nach dem Abzug der Deutschen jahrelang unter Wasser gestanden hatten, wieder in Betrieb gesetzt und die Förderung allmählich wieder auf die Höhe der deutschen gebracht. Auch eine große Zahl der im Poshangebiet seit altersher von Chinesen nach chinesischen Methoden betriebenen und von der deutschen Gesellschaft den Chinesen belassenen Kohlengruben ist von den Japanern erworben worden.

Am Eisenbergwerk von Chinlingchen, auf das sich die deutschen Hoffnungen für das Eisenwerk in Tsangkao stützten, dessen Errichtung durch den Kriegsausbruch vereitelt wurde, haben die Japaner die von den Deutschen begonnenen Arbeiten in notdürftiger Weise fortgeführt, um mit dem gefördertem Erz ihr staatliches Eisen- und Stahlwerk in Jawatamachi zu versorgen.

Wichtiger vielleicht noch als der schon vorhandene Besitz Deutschlands war für Japan der Übergang der deutschen Ansprüche, insbesondere der kurz vor Kriegsausbruch festgelegten Ansprüche auf den Bau der Zweigbahnen der Schan-

tung-Bahn, die Tsingtau mit dem Innern Chinas verbinden sollten. Japan weiß, welches reiche Hinterland Tsingtau hat und welches noch reichere es haben könnte, wenn es gelänge, Tsingtau durch Eisenbahn mit Schansi zu verbinden und auch die Bahnverbindung Honans und der westlichen Provinzen mit dem Meere nach Tsingtau und nicht nach Schanghai oder einem Küstenplatz zwischen diesen beiden Häfen leiten zu lassen.

Tsingtau geht dank seiner natürlichen Lage einer glücklichen Entwicklung entgegen. Die Japaner werden ihr möglichstes dazu tun. Daß ihre Leistungen verkleinert, ihre Pläne verdächtigt und angefeindet werden, ist eine hauptsächlich angelsächsische Erscheinung, die ja auch den Deutschen in Tsingtau nicht erspart blieb. Aber die Angelsachsen haben auch allen Anlaß, auf der Hut zu sein. Ihre Hauptinteressen, lebenswichtige Interessen Amerikas und mehr noch Englands sind in Schanghai als dem bei weitem bedeutendsten Ein- und Ausfuhrhafen Chinas konzentriert. Japans Bestrebungen gehen dahin, soviel wie möglich von diesem Auslandsverkehr nach Tsingtau zu leiten, also von Schanghai abzuziehen und auch nicht nach irgendeinem anderen unter europäisch-amerikanischen Einfluß gestellten Hafen zwischen Tsingtau und Schanghai geraten zu lassen. Tsingtaus natürliche Vorzüge sind so groß, daß sein schließlicher Erfolg nicht ausbleiben kann. Wir Deutschen werden uns dagegen nicht zu sträuben brauchen, und wird dereinst Tsingtau wirklich der bedeutende Hafen und Handelsplatz, der Schanghai in den Schatten stellt, so wird seine Geschichte stets zurückführen auf die deutsche Entdeckung dieses Hafens und auf die deutschen Grundlagen zu solcher Entwicklung.



Zukunftsstaat und Zukunftsmensch

Versuch einer Analyse der Zeitströmungen

Von Dr. Edgar Stern-Rubarth



er Augen hat, zu sehen, sieht — wer Ohren hat, zu hören, hört, daß eine neue Ordnung der Dinge auf unserem Planeten, diesem winzigen Atom im Weltall, werden will. Ist es eine soziale, eine ethische, eine wirtschaftliche Neuordnung — sind es alle drei gleichzeitig, oder ist eine die primäre, die anderen Erscheinungsformen? Was verwirft diese Neuordnung? Welchen Zielen steuert sie zu? Mit welchen Mitteln will sie sich durchringen — welche sind tauglich, welche bereits verurteilt?

* * *

So viel Fragen, so viel Unklarheiten. Und doch dürfen wir an diesen Fragen nicht vorübergehen, müssen den Mut haben, sie zu formulieren, immer wieder bis zu völliger Klarheit, bis die Antwort aus ihrem enger und enger gezogenen Kreis blitzartig entspringt.